

Univ.-Prof. Dr. Franz Schausberger
Landeshauptmann a. D.
Beauftragter des Landes Salzburg für den
Ausschuss der Regionen

Salzburg, 2. Februar 2021

Frau
Landtagspräsidentin
Dr. Brigitta Pallauf
Chiemseehof

Betreff:

AdR, Bericht des Beauftragten des Landes Salzburg für den AdR über das Jahr 2020

1. 138. konstituierende Plenartagung der VII. Mandatsperiode des Ausschusses der Regionen von 11.-12. Februar 2020
2. Konstituierende Sitzung der Fachkommission CIVEX am 13. Februar 2020
3. 2. Sitzung der Fachkommission CIVEX am 26. Februar 2020
4. 3. Sitzung der Fachkommission CIVEX am 25. Juni 2020
5. 139. Plenartagung der VII. Mandatsperiode des Ausschusses der Regionen von 30. Juni bis 2. Juli 2020
6. 4. Sitzung der Fachkommission CIVEX am 22. September 2020
7. 140. Plenartagung der VII. Mandatsperiode des Ausschusses der Regionen von 12.-14. Oktober 2020
8. 5. Sitzung der Fachkommission CIVEX am 4. Dezember 2020
9. 141. Plenartagung der VII. Mandatsperiode des Ausschusses der Regionen von 8.-10. Dezember 2020

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin!

Unter Hinweis auf Art. 50c Abs. 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1999 idgF möchte ich über meine Arbeit als Vertreter des Landes Salzburg im Ausschuss der Regionen im Jahr 2020 berichten:

1.) 138. konstituierende Plenartagung der VII. Mandatsperiode des Ausschusses der Regionen von 11.-12. Februar 2020

An der 138. konstituierenden Plenartagung der VII. Mandatsperiode des AdR nahmen als österreichische AdR-Mitglieder LH Kaiser (Delegationsleiter), LR Illedits, LTPin

Pallauf, LTPin Ledl-Rossmann, Bgm Stadler, GR Weninger, RG u. LAbg. Florianschütz und ich teil.

Nachfolgende Stellungnahmen wurden verabschiedet:

- Entschließung zur jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum 2020 (CDR 140/2020)
- Die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der Union – ein Konzept für das weitere Vorgehen (CDR 3730/2019)
- Entschließung zu der Konferenz zur Zukunft Europas (CDR 0192/2020)
- Erweiterungspaket 2019 (CDR 2727/2019)
- Der Beitrag der Regionen und Städte zur Entwicklung Afrikas (CDR 3729/2019)
- Nachhaltigkeit in Stadtvierteln und kleineren Ansiedlungen – Umweltpolitik auf der subkommunalen Ebene (CDR 3195/2019)
- Abwanderung von Hochqualifizierten in der EU: Bewältigung der Herausforderung auf allen Ebenen (CDR 4645/2019)
- Kultur in einer Union, die mehr will: die Rolle der Regionen und Städte (CDR 4646/2019)
- Entschließung zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission (CDR 0136/2020)

Österreichische Wortmeldungen erfolgten durch LTPin Ledl-Rossmann zur Debatte über die Konferenz zur Zukunft Europas, LTPin Pallauf zum Tagesordnungspunkt „Entschließung zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission“ und mich zum Tagesordnungspunkt „Vorstellung der Prioritäten des kroatischen Ratsvorsitzes. Ich führte aus, dass alle in die kroatische Ratspräsidentschaft große Hoffnungen setzen, um den derzeitigen Stillstand und die Blockade im Erweiterungsprozess zu beenden. Kroatien kennt die Situation in den Erweiterungsländern des Westbalkans am besten unter den EU-Mitgliedstaaten. Wir haben auf dem Thessaloniki-Gipfel 2003 den Ländern des westlichen Balkans die Beitrittsoption versprochen. Es geht also auch um die Frage der Glaubwürdigkeit der EU gegenüber diesen Ländern, die alle umgeben sind von EU-Mitgliedstaaten. Was aber ist die Situation: Die Verhandlungen mit Serbien und Montenegro laufen schleppend. Nordmazedonien hat unter größten innenpolitischen Problemen die Namensfrage mit Griechenland gelöst und damit eine Hauptforderung der EU erfüllt. Albanien hat wesentliche Fortschritte im Justizbereich gemacht. Manche EU-Mitgliedstaaten haben nun aus innenpolitischen Gründen die Zusage der Aufnahme der Verhandlungen – es geht nicht um den Beitritt – nicht eingehalten. Ich habe mich auch erfreut gezeigt, dass die Kommission nun auch ein Papier zur Reform des Beitrittsprozesses vorgelegt hat – allerdings darf dadurch die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien nicht blockiert werden. Wenn sich die EU aus diesem Teil Europas zurückzieht, kümmern sich andere darum.

Die österreichische Delegation hat keine Änderungsanträge eingebracht und sich an keinen Änderungsanträgen beteiligt.

2.) Konstituierende Sitzung Fachkommission CIVEX am 13. Februar 2020

Die folgenden CIVEX-Mitglieder wurden per Akklamation gewählt:

- Mark Speich (DE/EVP) als Vorsitzender der FK CIVEX;
- Vincenzo BIANCO (IT/SPE) als 1. Vize-Vorsitzender der FK CIVEX.

Der neu gewählte Vorsitzende verkündete die Zuständigkeitsbereiche der FK CIVEX für das VII. Mandat:

1. Konstitutionelle Angelegenheiten
2. Demokratie, Dezentralisierung und Multi-Level-Governance
3. Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit
4. Jährliche Überwachung der Lage der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der EU
5. Regionale und lokale Governance
6. Fiskalische Dezentralisierung
7. Bessere Rechtsetzung und die regionalen und lokalen Auswirkungen der EU-Gesetzgebung
8. Kommunikation und Kontakt mit den Bürgern
9. Die Zukunft Europas
10. Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts
11. Die EU-Grundrechtecharta
12. Aktive Bürgerschaft und Integration
13. Migrations-, Asyl- und Visapolitik
14. Radikalisierung, Terrorismus und Sicherheit
15. Auswärtige Angelegenheiten
16. Erweiterung
17. Nachbarschaftspolitik
18. Entwicklungszusammenarbeit
19. Internationale Abkommen und Verhandlungen

Zusätzlich wird die FK CIVEX für folgende Gremien zuständig sein:

1. CORLEAP
2. ARLEM
3. Arbeitsgruppen und Gemischte Beratende Ausschüsse
4. Task-Force Ukraine
5. Nikosia-Initiative (Zusammenarbeit mit libyschen Gemeinden)
6. Portal der dezentralisierten Entwicklungszusammenarbeit
7. Initiative der Städte und Regionen für Integration
8. Netzwerk für Subsidiaritätskontrolle (unterstützt alle AdR-Fachkommissionen)
9. Hochrangige Gruppe AdR-Kongress

Ich werde in der VII. Mandatsperiode als Ko-Vorsitzender des Gemischt Beratenden Ausschusses Serbien fungieren, der sich um eine vertiefte Kooperation mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften des EU-Erweiterungskandidaten Serbien

bemüht. Des Weiteren wurde ich wieder zum Vizepräsidenten der EVP-Fraktion des AdR gewählt.

3.) 2. Sitzung der Fachkommission CIVEX am 26. Februar 2020

Unter Leitung des Vorsitzenden Mark SPEICH (DE/EVP) fand die 2. Sitzung der Fachkommission CIVEX der VII. Mandatsperiode des Ausschusses der Regionen (AdR) am 26. Februar 2020 in Brüssel statt.

Es fand ein Meinungsaustausch zu folgenden Stellungnahmen-Entwürfen statt:

- Lokale und regionale Gebietskörperschaften im ständigen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern“ (CDR 4989/2019)
- Herausforderungen für die lokale Demokratie im westlichen Balkan (CDR 0328/2020)
- Stärkung der lokalen Governance und der repräsentativen Demokratie durch neue digitale Technologien (CDR 5451/2019)

Die ersten beiden Stellungnahmen wären ohne vorherige Annahme in der FK CIVEX in der Plenartagung am 25./26. März bzw. am 13./14. Mai 2020 zur Verabschiedung herangestanden. Letztere Stellungnahme hätte am 23. April 2020 in der FK CIVEX angenommen werden sollen. Diese Sitzungen wurden allerdings wie auch die der anderen Fachkommissionen bis inklusive 14. Mai 2020 aufgrund der COVID-19 Pandemie abgesagt.

4.) 3. Sitzung der Fachkommission CIVEX am 25. Juni 2020

Unter Leitung des Vorsitzenden Mark SPEICH (DE/EVP) fand die 3. Sitzung der Fachkommission CIVEX der VII. Mandatsperiode des Ausschusses der Regionen (AdR) am 25. Juni 2020 in Brüssel im Remote-Verfahren statt.

- Stellungnahme-Entwurf: „Stärkung der lokalen Governance und der repräsentativen Demokratie durch neue digitale Technologien“ (CDR 0830/2020; Berichterstatter Rait Pihelgas EE/Renew Europe)

Der Berichterstatter Rait Pihelgas (EE/Renew Europe) führte aus, dass die Coronakrise das Agieren der Regionen und Verwaltungen verändert hat. Dank Technologien kann man nun auf andere Mittel ausweichen. Vertreterinnen und Vertreter der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften müssen die Chancen dieser Technologien ausnützen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen enger in demokratische Prozesse eingebunden werden und dies muss auch mittels Digitalisierung verbessert werden. Die Regionen müssen auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen und durch digitale Technologien kann die Demokratie aktiver gestaltet werden. Auch in der Verwaltung muss viel mehr online gemacht werden und es muss natürlich auch nutzerfreundlich sein. In den sozialen Medien sieht man, wie einfach sich Hassreden verbreiten. Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften müssen Technologien einsetzen, um besser und interaktiver mit den Bürgerinnen und Bürgern zu kommunizieren. Die derzeitige Krise zeigt auch, wie wichtig

faktengestützte Politik ist. Es geht um die digitale Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Bei der Verwendung neuer digitaler Technologien muss natürlich auch die Verarbeitung personenbezogener Daten auf ein Minimum begrenzt werden. Ein Fonds wird erlauben, neue digitale Instrumente einzusetzen. Es geht nicht darum, von öffentlicher Seite neue Dinge zu erfinden, sondern bestehende Programme einzusetzen. Auch die Ausbildung der Bürgerinnen und Bürger für digitale Kompetenzen ist ganz wichtig, sie sollte ein neues Qualitätskriterium werden.

Ich habe eine Wortmeldung zu diesem Stellungnahmen-Entwurf eingebracht. Meines Erachtens ist es eine sehr gute Idee, Bürgerinnen und Bürger durch digitale Instrumente zu befähigen, sodass sie mehr Teilhabe am politischen Geschehen haben. Besonders wichtig dabei ist, dass digitale Infrastrukturen von Programmen begleitet werden, mit denen die Bürgerinnen und Bürger bei der Anwendung geschult werden und selbiges gilt auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen. Ich schließe mich dem Berichterstatter an, dass ein EU-Fonds für digitales Lernen zur Verfügung gestellt werden soll. Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften können den Weg für die digitale Wende bereiten. Es gibt schon viele Beispiele lokaler und regionaler Gebietskörperschaften, die solche Projekte einsetzen, um die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger digitaler zu gestalten. Die repräsentative Demokratie braucht Wege, um ins 21. Jahrhundert zu schreiten und der AdR ist der richtige Ort, um das Vorhaben zu begleiten.

Die Stellungnahme wurde einstimmig angenommen und soll voraussichtlich im Plenum am 13./14. Oktober 2020 verabschiedet werden.

Des Weiteren habe ich mich zu der thematischen Debatte über „COVID-19, Entwicklungszusammenarbeit und Migration“ geäußert: Die Arbeit des AdR hat zum Ziel, Maßnahmen zu ergreifen, um Regionen und die dortige Entwicklung zu unterstützen. Eine große Rolle spielt dabei die territoriale Organisation von Programmen. Zu den Themen Nachbarschaft und Regionen und Städte wurden bereits mehrere Stellungnahmen vorbereitet. Lokales Handeln kann viel erreichen. Internationale Partner müssen die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften anerkennen und ihre Erfahrungen mit den Auswirkungen der Coronakrise berücksichtigen.

5.) 139. Plenartagung der VII. Mandatsperiode des Ausschusses der Regionen von 30. Juni 2020 bis 2. Juli 2020

An der 139. konstituierenden Plenartagung der VII. Mandatsperiode des AdR nahmen als österreichische AdR-Mitglieder LH Platter (Delegationsleiter), LH Kaiser, LR Illedits, LR Drexler, LR Achleitner, LR Eichinger, LTP Sonderegger, Bgm Linhart, Bgm Stadler, GR u. LAbg. Florianschütz und ich teil.

Nachfolgende Stellungnahmen wurden verabschiedet:

- Die Umsetzung von Freihandelsabkommen aus regionaler und lokaler Sicht, Initiativstellungnahme (CDR 4764/2019)

- Das Dienstleistungspaket: aktualisierter Standpunkt der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Europas (CDR 0150/2020)
- Eignungsprüfung der Wasserrahmenrichtlinie der Grundwasserrichtlinie, der RL über Umweltqualitätsnormen und der Hochwasserrichtlinie, Initiativstellungnahme (CDR 0541/2020)
- Die Zukunft der EU-Luftqualitätspolitik im Rahmen des Null-Schadstoff-Ziels, Prospektivstellungnahme (CDR 0540/2020)
- Ein Fahrplan für sauberen Wasserstoff – der Beitrag der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu einem klimaneutralen Europa, Initiativstellungnahme (CDR 0549/2020)
- Europäisches Klimagesetz: Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität (CDR 1361/2020)
- Intensivierung der EU-Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung der Wälder in der Welt, Initiativstellungnahme (CDR 4601/2019)
- Fonds für einen gerechten Übergang (CDR 0418/2020)
- Entschließung zum überarbeiteten MFR für 2021-2027 und zum Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa (CDR 2635/2020)
- Entschließung zu den Prioritäten des Europäischen Ausschusses der Regionen 2020-2025 – mehr Bürgernähe der EU (CDR 1392/2020)
- Entschließung zu den Vorschlägen für das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2021 (CDR 2622/2020)

Die österreichische Delegation hat drei Änderungsanträge zu den Tagesordnungspunkten „Klimagesetz“ und „EU-Luftqualität“ eingebracht, von denen zwei angenommen und einer abgelehnt wurde. Des Weiteren hat sich die österreichische Delegation an acht Änderungsanträgen zu den Tagesordnungspunkten „Entschließung MFR“, „Entschließung AdR-Prioritäten“ und „Entschließung EK-AP 2021“ beteiligt, die allesamt angenommen wurden.

Die österreichische Delegation war äußerst erfolgreich, mit dem, dass sämtliche positiven Verweise auf Kernenergie aus den Stellungnahmen und Entschließungen eliminiert wurden.

Österreichische Wortmeldungen erfolgten durch LR Drexler zum Tagesordnungspunkt „Debatte über das COVID-19 Krisenmanagement und den Aufbauplan“, LH Platter zu den Tagesordnungspunkten „Die Zukunft der EU Luftqualitätspolitik im Rahmen des Null-Schadstoff-Ziels“ und „Green Deal“, und LH Platter, LH Kaiser und mir zum Tagesordnungspunkt „Debatte über den künftigen MFR mit Blick auf den Aufbau nach der Covid-19-Krise“. Ich dankte Kommissar Hahn für den ausgewogenen Budgetentwurf, der eine gute Grundlage für einen europäischen Kompromiss darstellt. Die noch unterschiedlichen Positionen der Staaten entstehen aus den verschiedenen Prioritäten der Verantwortung gegenüber den Haushalten. Es gibt nicht gute oder böse Mitgliedstaaten. Es geht auch darum, dass durch die Coronakrise bestehende Ungleichheiten zwischen den europäischen Regionen nicht verschärft werden.

6.) 4. Sitzung der Fachkommission CIVEX am 22. September 2020

Unter Leitung des Vorsitzenden Mark SPEICH (DE/EVP) fand die 4. Sitzung der Fachkommission CIVEX der VII. Mandatsperiode des Ausschusses der Regionen (AdR) am 22. September 2020 im Remote-Verfahren statt.

Es wurden in dieser Fachkommissionssitzung keine Stellungnahmen angenommen.

Ich habe mich in die Debatte über die Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die künftige EU-Governance mit einer Wortmeldung eingebracht: Die Covid-19-Krise hat die EU-Integration, v. a. die vier Grundfreiheiten, die die Grundlagen für den Binnenmarkt und das volle Funktionieren des Schengensystems bilden, enorm eingeschränkt. Meines Erachtens ist es daher notwendig, ein gemeinsames Regelwerk zu schaffen, das auch in Krisenzeiten die Schließung der Grenzen nicht wieder notwendig macht. Die Arbeit der Regionen und Kommunen ist bei der Umsetzung der Quarantänemaßnahmen sowie für den effizienten Gesundheitsschutz entscheidend, wie auch in der Versorgung in den medizinischen Einrichtungen.

Die politisch Verantwortlichen auf lokaler und regionaler Ebene haben ganz wesentlich dazu beigetragen, die Bürgerinnen und Bürger zu überzeugen, sich trotz wirtschaftlicher Verluste und persönlicher Einschränkungen solidarisch zu zeigen und die einschränkende Maßnahmen zu akzeptieren. Wichtig erscheint mir auf EU-Ebene, bald eine unvoreingenommene und sachliche Zwischenbilanz zu ziehen, um die richtigen Folgen für die künftige Bewältigung solcher Krisen zu ziehen und auch eine fundierte Debatte um die Frage der Gesundheitskompetenzen auf EU Ebene zu führen. Nur eine funktionierende Multi-Level-Governance mit starken Regionen und Kommunen wird helfen, nicht nur die Covid-19-Krise, sondern auch andere künftige europaweite Krisen zu bewältigen. Die Konferenz zur Zukunft Europas muss die Gelegenheit bieten, als Konsequenz der Krise die Rolle der Regionen und Kommunen in der erneuerten EU-Governance zu stärken.

Des Weiteren wurde über die Lage in Belarus diskutiert.

7.) 140. Plenartagung der VII. Mandatsperiode des Ausschusses der Regionen von 12.-14. Oktober 2020

An der 140. Plenartagung nahmen als österreichische AdR-Mitglieder LH Platter (Delegationsleiter), LH Kaiser, LR Drexler, LR Achleitner, Bgm Stadler, VBgmin Kiefer, GR u. LAbg. Florianschütz und ich teil.

Nachfolgende Stellungnahmen wurden verabschiedet:

- Gleichwertige Lebensverhältnisse - eine gemeinsame Aufgabe für alle Verwaltungsebenen in Europa (CDR 2612/2020)
- Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung (CDR 4597/2019)
- Ein europäischer Notfallmechanismus für Gesundheitskrisen (CDR 2142/2020)
- Programm „EU4Health“ (CDR 2917/2020)

- Biologisch vielfältige Städte und Regionen nach 2020 auf der 15. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD COP 15) und in der EU-Biodiversitätsstrategie 2030 (CDR 0539/2020)
- Verstärktes EU-Katastrophenschutzverfahren (CDR 3164/2020)
- Bericht über die Hindernisse im Binnenmarkt und Aktionsplan für die Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften (CDR 2355/2020)
- Demografischer Wandel: Vorschläge zur Messung und Bewältigung der negativen Auswirkungen in den Regionen der EU (CDR 4647/2019)
- Ein starkes soziales Europa für einen gerechten Übergang (CDR 2167/2020)
- Lokale und regionale Gebietskörperschaften im ständigen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern (CDR 4989/2019)
- Der Beitrag der EU-Kohäsionspolitik zu einem intelligenten und innovativen wirtschaftlichen Wandel der Regionen vor dem Hintergrund der Covid-19-Krise (CDR 3320/2020)
- Europäischer Aufbauplan zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie: Aufbau- und Resilienzfazilität und Instrument für technische Unterstützung (CDR 3381/2020)
- Europäisches Jahr der Schiene (2021) (CDR 2633/2020)
- KMU-Strategie (CDR 1373/2020)
- Herausforderungen für die lokale Demokratie im Westbalkan (CDR 0840/2020)
- Eine Strategie zur Gestaltung der digitalen Zukunft Europas und eine europäische Datenstrategie (CDR 2354/2020)
- Weißbuch zur künstlichen Intelligenz – ein europäisches Konzept für Exzellenz und Vertrauen (CDR 2014/2020)
- Der Regionale Innovationsanzeiger und seine Bedeutung für eine regionale ortsbezogene Politik (CDR 0517/2020)
- Eine Union der Gleichheit: Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020–2025 (CDR 2016/2020)
- Der Europäische Klimapakt (CDR 1360/2020)
- Paket REACT-EU (CDR 1265/2020)
- Neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft (CDR 1265/2020)
- Für eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen der Mittelmeerinseln (CDR 0344/2020)
- Neuauflage der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt (CDR 4829/2019)
- Eine neue Industriestrategie für Europa (CDR 1374/2020)
- Entwurf einer Entschließung zum Jahresbarometer zur Lage der Gemeinden und Regionen 2020 – lokale und regionale Gebietskörperschaften wegweisend im Kampf gegen COVID-19 und beim Wiederaufbau (CDR 3956/2020)

Es wurden anlässlich der 140. Plenartagung von der österreichischen Delegation neun Änderungsanträge eingebracht, vier zur Stellungnahme „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ (davon zwei angenommen, einer abgelehnt und einer durch Änderungsanträge des Berichterstatters konsumiert), zwei zur Stellungnahme „Europäisches Jahr der Schiene“ (davon beide angenommen) und drei zur Stellungnahme „Eine Union der Gleichheit“ (davon einer angenommen und zwei durch Änderungsanträge des Berichterstatters konsumiert).

Des Weiteren hat sich die österreichische Delegation an zwei Änderungsanträgen zu dem Tagesordnungspunkt „Eine Strategie zur Gestaltung der digitalen Zukunft Europas“ beteiligt (davon einer angenommen und einer durch Änderungsanträge des Berichterstatters konsumiert).

Österreichische Wortmeldungen erfolgten durch LH Platter und LH Kaiser zur Debatte über das Jahresbarometer zur Lage der Gemeinden und Regionen und durch LR Drexler zur Debatte über den Green Deal. LH Kaiser und ich äußerten uns einzeln zur Stellungnahme „Für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften relevante EU-Angelegenheiten / Solidarität mit den Flüchtlingen aus Moria – humanitäre Hilfe lokaler und regionaler Gebietskörperschaften“.

Meines Erachtens polarisiert die Frage, wie man auf die furchtbare Tragödie von Moria richtig reagiert, bis hinunter zu den Regionen und Städten. Eine sachliche Diskussion darüber ist leider kaum mehr möglich. In einem sind sich aber letztlich alle einig: Es muss rasch, solidarisch und nachhaltig geholfen werden. Über die Herangehensweise muss man unterschiedliche Meinungen haben dürfen, ohne den Vorwurf zu erhalten, sich von den europäischen Werten zu entfernen. Einige der EU-Staaten wollen vor allem Jugendliche aufnehmen, die Mehrheit nicht. Sie wollen vor Ort helfen, weil sie Sorge haben, dass Pull-Effekte ausgelöst werden, was das Problem verschärfen würde. Die Situation aller dort ist katastrophal und unwürdig. Es sind tausende Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Ältere. Nachhaltige und effiziente Hilfe für die Verbesserung der Situation für alle, also auch für Kinder und Jugendliche, dort vor Ort zu geben, ist dringend notwendig. Die österreichischen Bundesländer, Städte und Gemeinden erbringen seit Jahren bei der Hilfe von Migrantinnen und Migranten aktiv große Leistungen. Der neue Vorschlag für einen Asyl- und Migrationspakt der Kommission geht in die richtige Richtung. Letztlich muss es das Ziel sein, die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern entscheidend zu verbessern.

Des Weiteren brachte ich mich in die Debatte über Resilienz und Wiederaufbau ein. In der Debatte geht es vor allem darum, bestehende Ungleichheiten zwischen den Regionen nicht noch weiter zu verstärken. Nachhaltige, innovative und grenzüberschreitende Projekte müssten auf der lokalen Ebene vorangetrieben werden. Die Sicherung der KMU, der Kultur sowie die Förderung der Digitalisierung seien grundlegende Elemente des Wiederaufbaus. Zudem sei es zentral, dass die Bürokratie bei der Mittelverteilung der EK so gering wie möglich gehalten wird.

8.) 5. Sitzung der Fachkommission CIVEX am 4. Dezember 2020

Unter Leitung des Vorsitzenden Mark SPEICH (DE/EVP) fand die 5. Sitzung der Fachkommission CIVEX des Ausschusses der Regionen (AdR) am 4. Dezember 2020 im Remote-Verfahren statt.

Folgende Stellungnahmen-Entwürfe wurden angenommen:

- Erweiterungspaket 2020

Der Berichterstatter Nikola Dobroslavić (HR/EVP) bestätigte, dass die AdR-Stellungnahme zu dem am 6. Oktober 2020 vorgestellten Erweiterungspaket und Investitionsplan für den Westbalkan der EK auf der 143. AdR-Plenartagung im März 2021 angenommen werden soll. Die EK beurteilt in ihrem Paket die wirtschaftliche Situation der Beitrittsländer und schlägt EU-Fördermittel in Höhe von 9 Mrd. EUR für die Westbalkanstaaten vor. Um die Mittel erhalten zu können, müssen die Westbalkanländer die Kriterien für den Beitritt von Mitgliedstaaten erfüllen und die europäischen Werte wahren. Die AdR-Stellungnahme wird auf die Situation der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der Westbalkanstaaten eingehen und die Probleme in der lokalen Demokratie aufzeigen (z. B. bei der Pressefreiheit und Gewährleistung der Minderheitsrechte). Der BE bemängelt, dass kein Fokus auf die lokalen Verwaltungen in den Kommissionsdokumenten gelegt wird. Zu den Beitrittsüberlegungen der Türkei sollte eine klare Position formuliert werden.

Ich bedauerte in der Sitzung, dass die EK in ihrem Erweiterungspaket kaum auf die Situation der regionalen und lokalen Selbstverwaltungen eingegangen ist, obwohl der AdR dies über Jahrzehnte gefordert hat. Ich verstehe es deshalb nicht, weil die EK auf der Basis des Subsidiaritätsprinzips, der Proportionalität und der Multi-Level-Governance im Sinne des Vertrages von Lissabon ganz besonders darauf Wert legen müsse. Gerade im Zuge der Corona-Pandemie haben die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften gezeigt, welche wichtigen Aufgaben sie erfüllen.

Die 9 Mrd. EUR, die dem Westbalkan zur Verfügung gestellt werden sollen, sollten in sinnvolle und parteiunabhängige regionale und lokale Projekte investiert werden. Dafür bedarf es funktionsfähige, gute lokale und kommunale Verwaltungen. Sieht man vom Sonderfall Bosnien-Herzegowina ab, dann handelt es sich bei den Erweiterungsländern des Westbalkans und der Türkei um sehr zentralistisch-organisierte Staaten mit nur schwachen lokalen Selbstverwaltungen. Genau auf die Stärkung dieser sollte die EK ganz besonderen Wert legen, den Erweiterungsländern Druck machen und sie darüber aufklären, wie wichtig starke kommunale Verwaltungen sind. Die EK sollte viel deutlicher auf die Notwendigkeit von Reformen zur Stärkung und ausreichenden Finanzierung der regionalen Kapazitäten hinweisen, sonst werden die Regierungen in den Erweiterungsländern die regionalen Selbstbestimmungsrechte nicht ernstnehmen.

In der Debatte über die Konferenz zur Zukunft Europas und den Westbalkan setzte ich mich dafür ein, dass das Erweiterungsvorhaben eine wesentliche Rolle in der Konferenz zur Zukunft Europas spielen sollte und die Vertreter der Westbalkanstaaten unbedingt in geeigneter Form vertreten sein sollten. Die EU kann dadurch signalisieren, dass sie es mit der Erweiterung ernst meint. Ich äußerte, dass ich in letzter Zeit bedauerlicherweise große Probleme mit Nationalismus sowohl in gewissen EU-Staaten als auch im Westbalkan wahrgenommen habe. Ich erinnerte an den Zusammenhang zwischen dem Anschlag in Wien und der Diskussion um den Beitritt Nordmazedoniens zur EU.

Ich brachte drei Vorschläge vor:

1. Die Staaten des Westbalkans sollten als aktive Beobachter in der Konferenz zur Zukunft Europas einbezogen werden.

2. In Bezug auf die Stärkung der lokalen und regionalen Ebene wäre es hilfreich, wenn in den Gemeinden und Städten der Westbalkanländer jeweils ein EU-Gemeinderat vertreten wäre, mit dem man direkt in Kontakt treten kann und den man in die Diskussion einbeziehen kann.
3. Das Modell eines kleinen gemeinsamen Marktes mit den Westbalkanstaaten sollte konkretisiert werden und könnte der Vorbereitung auf einen großen gemeinsamen Markt dienen. Die Konferenz zur Zukunft Europas könnte dazu beitragen, dass sich die Westbalkanstaaten im Zuge dieser Diskussion hierauf einigen.

9) 141. Plenartagung der VII. Mandatsperiode des Ausschusses der Regionen von 8.-10. Dezember 2020

An der 141. Plenartagung nahmen als österreichische AdR-Mitglieder LH Platter (Delegationsleiter), LH Kaiser, LR Drexler, LR Achleitner, LR Eichtinger, VBgmin Kiefer, GR u. LAbg Florianschütz und ich teil.

Nachfolgende Stellungnahmen wurden verabschiedet:

- Ein nachhaltiger Tourismus für die Städte und Regionen der EU (CDR 0303/2020)
- EU-Strategie zur Wiederbelebung des ländlichen Raumes (CDR 1066/2020)
- Vom Hof auf den Tisch – die lokale und regionale Dimension (CDR 0594/2020)
- Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung (CDR 1370/2020)
- Chancen und Synergien einer vorausschauenden Anpassung an den Klimawandel zur Förderung von Nachhaltigkeit und Lebensqualität in den Regionen und Kommunen: Welche Rahmenbedingungen sind erforderlich? (CDR 3121/2020)
- Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Regionen und die Bewertung des europäischen Grünen Deals (CDR 3120/2020)
- Stärkung der lokalen Governance und der repräsentativen Demokratie durch neue digitale Technologien (CDR 0830/2020)
- Herausforderungen für den öffentlichen Nahverkehr in Städten und Metropolregionen (CDR 2612/2020)
- Bericht der Kommission über die Umsetzung der Mitteilung „Eine verstärkte und erneuerte Partnerschaft mit den Gebieten in äußerster Randlage der EU (3319/2020)

Die österreichische Delegation hatte zwei Änderungsanträge zu den Stellungnahmen „Ein nachhaltiger Tourismus für die Städte und Regionen der EU“ (abgelehnt) und „Chancen und Synergien einer vorausschauenden Anpassung an den Klimawandel zur Förderung von Nachhaltigkeit und Lebensqualität in den Regionen und Kommunen“ (angenommen) eingebracht und sich an keinem Änderungsantrag beteiligt.

Österreichische Wortmeldungen erfolgten durch VBgmin Kiefer zur Stellungnahme „Chancen und Synergien einer vorausschauenden Anpassung an den Klimawandel

zur Förderung von Nachhaltigkeit und Lebensqualität in den Regionen und Kommunen und durch LH Platter zur Stellungnahme „Reaktion lokaler und regionaler Gebietskörperschaften auf die schädigenden Auswirkungen des Güterschwerverkehrs“. LH Kaiser brachte sich in die Debatte über das Abkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich und in die Debatte über das Arbeitsprogramm der EK 2021 ein. LH Platter äußerte sich in der Debatte über den Wiederaufbau und Resilienz in ländlichen Gebieten.

Ich meldete mich betreffend die Stellungnahme „Ein nachhaltiger Tourismus für Städte und Regionen“ zu Wort: Ein nachhaltiger Tourismus ist wichtiger denn je. Reisewarnungen dürfen nicht nur auf Inzidenzzahlen gestützt werden. Es müssen weitere Faktoren einbezogen werden: die Anzahl der durchgeführten Tests, die Hospitalisierungsquote, die verfügbaren Spitals- bzw. Intensivbetten und alle weiteren Faktoren, die herangezogen werden können. Die Corona-Tests tragen dazu bei, die Situation beherrschbar zu machen, werden aber auch zu mehr festgestellten Infektionen führen. Allein aus einer hohen Zahl kann daher nicht auf ein hohes Ansteckungsrisiko geschlossen werden.

Vielmehr werden Länder, die viele Testungen durchführen und damit für mehr Sicherheit sorgen, durch Reisewarnungen, die nur auf Inzidenzzahlen beruhen „bestraft“. Solche Reisewarnungen können Tourismusregionen in massive Schwierigkeiten stürzen, und vor allem in ländlichen Regionen zu Abwanderung führen. Daher ist das Ziel: europaweit einheitliche Kriterien für Reisewarnungen und Kriterien, die neben den Inzidenzzahlen auch andere wesentliche Faktoren berücksichtigen.

Des Weiteren brachte ich eine Wortmeldung in die Diskussion zum Erweiterungspaket ein. Ich bedankte mich bei EU-Kommissar Olivér Várhelyi für die klaren Worte zur Erweiterung, vor allem was die Länder des Westbalkans betrifft. Ich äußerte vier Anmerkungen:

- Ich wünsche mir, dass die Kommission die Erweiterung, die in der letzten Zeit etwas in den Hintergrund getreten ist, wieder mehr in das Zentrum ihrer Ziele stellt.
- In der geplanten Diskussion über die Zukunft Europas müssen die Erweiterungsländer des Westbalkans jedenfalls zumindest als „aktive Beobachter“ teilnehmen können. Dies ist nicht nur eine wichtige symbolische Geste, sondern die EU muss auch die Meinung jener kennen, die auf dem Weg in die EU sind.
- Ich bat darum, vor allem jene Staaten, die mit völlig uneuropäischen Argumenten etwa die Aufnahme der Verhandlungen mit Nordmazedonien blockieren, zu überzeugen, dass sie damit ganz Europa schaden.
- Im Erweiterungspaket der Kommission soll in Zukunft mehr auf die Situation der regionalen und lokalen Selbstverwaltungen im Westbalkan eingegangen werden und die Regionen und Kommunen sollen in den Erweiterungsprozess sowie in die Diskussion um die Zukunft Europas einbezogen werden.

Fast alles ist eine Frage der Glaubwürdigkeit der Europäischen Union. Die zitierten Dokumente können unter dem Link <http://cor.europa.eu/de/activities/opinions/Pages/opinions-and-resolutions.aspx> (Bereich „Suche nach Stellungnahmen“) mittels der bei der jeweiligen Stellungnahme angegebenen CDR-Nummer (z.B. CDR 6940/2016) abgerufen werden.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink on a black background. The signature appears to read 'Franz Schausberger'.

Dr. Franz Schausberger
Beauftragter des Landes Salzburg
für den Ausschuss der Regionen

Durchschrift ergeht zur Information an:
Herrn Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer